

Montag (Nachmittag), 12. Juni 2017

Finanzdirektion

46 2017.RRGR.122 Bericht RR Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2016 des Kantons Bern

Präsidentin. Nun begrüssen wir herzlich Frau Regierungsrätin Simon bei uns. Ich danke ihr für ihre Flexibilität. Eigentlich wären die Geschäfte ab Traktandum 46 fest traktandiert gewesen. Nun haben wir die Möglichkeit erhalten, 40 Minuten für die BVE einzusetzen und die Geschäfte der BVE abzuschliessen. Somit kommen wir zum Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2016 des Kantons Bern. Als erstes hat Grossrätin Stucki das Wort als Kommissionssprecherin.

Béatrice Stucki, Bern (SP), Kommissionssprecherin der FiKo. In den letzten zehn Jahren gab es ein einziges Mal einen negativen Geschäftsabschluss. Von einem solchen Geschäftsverlauf können viele Betriebe, Gemeinden und Kantone nur träumen. Seit 2007 weist der Kanton Bern positive Geschäftsabschlüsse aus, mit Ausnahme des Jahres 2012, als ein Defizit von fast 200 Mio. Franken resultierte. Das Geschäftsjahr 2016 weist mit 212 Mio. Franken das vierte Jahr in Folge einen positiven Saldo aus. Natürlich hat der Regierungsrat nach dem Defizit 2012 Sofortmassnahmen beschlossen. Wir wissen alle, dass die im Rat heftig umkämpften ASP-Massnahmen ab dem Jahr 2014 zu greifen begannen. Wichtig ist auch die Tatsache, dass der Finanzierungssaldo in den letzten drei Jahren so hoch war, dass der Kanton Bern seine Nettoinvestitionen vollständig aus eigenen Mitteln finanzieren konnte. Im letzten Jahr betrug der Selbstfinanzierungsgrad 132 Prozent. Nicht ausgeschöpft hat der Kanton Bern auch im letzten Jahr das Budget für die Investitionen. Geplant waren 539 Mio. Franken, tatsächlich realisiert wurden hingegen 440 Mio. Franken. Einmal mehr lag dies nicht am Willen des Regierungsrats, sondern daran, dass grosse Investitionsarbeiten, wie beispielsweise in das Spital Biel oder in das Inselspital Bern, nicht realisiert werden konnten, oder auch daran, dass grosse Projekte vom Parlament nicht bewilligt wurden. Ich erinnere zum Beispiel an die Standplätze für Fahrende.

Dank des positiven Ergebnisses ist auch der Bilanzfehlbetrag des Kantons wieder gesunken und beträgt jetzt noch etwas mehr als 3 Mrd. Franken. Auf Antrag der FiKo hat der Grosse Rat im Budget 2016 die Position «Sachaufwand» auf 800 Mio. Franken plafoniert. Der Regierungsrat hat diese Kürzung linear weitergegeben und keine sachbezogenen Kürzungen vorgenommen. Das hat die FiKo kritisiert. In der Rechnung zeigt sich jetzt nämlich, dass diese Kürzungen nicht überall ausgeführt werden konnten. Wir haben ja in der Märzsession – Sie erinnern sich – entsprechende Nachkredite bewilligt. Für diese Details verweise ich auf die Seiten 14 und 15 unseres Berichts.

Etwas weniger erfreulich ist ein Aspekt des Geschäftsberichts 2016, nämlich das eingeschränkte Testat zur Jahresrechnung durch die Finanzkontrolle wegen fehlerhafter Buchungen im AGG. Laut der Finanzkontrolle liegt diese Differenz jedoch unter 70 Mio. Franken. So konnte die Rechnung doch immerhin zur Genehmigung empfohlen werden, wenn auch mit einer Einschränkung. Würde diese Fehlersumme über 70 Mio. Franken betragen, müsste die Finanzkontrolle diesen Fehler für «erheblich» erklären, und sie würde kein Testat für die Rechnung ausstellen. Die Ursache dieses Problems sind fehlerhafte Buchungen bzw. Überträge vom System SAP zum System FIS. Die FiKo hat sich an mehreren Sitzungen von der BVE und von der FIN wie auch von der Finanzkontrolle über die Ursachen und über die Frage, wie das Problem nun angegangen wird, informieren lassen. Ein externes Büro unterstützt diese Arbeiten, welche unter dem Namen «Optima» laufen und mit Hochdruck vorangetrieben werden. Bis Ende Jahr sollen alle Ungereimtheiten behoben sein. Der Zeitplan ist sportlich. Die FiKo ist jedoch recht zuversichtlich. Nach der letzten Informationssitzung

durch die BVE und die FIN hat die FiKo deshalb folgendes beschlossen: Erstens soll der Grosse Rat die Rechnung wie traktandiert in dieser Session beraten und genehmigen. Es stand ja im Raum, die Genehmigung der Rechnung allenfalls auf die Septembersession zu verschieben. Zweitens soll beim Gespräch zum Fortschritt des Projekts «Optima» von einem einmonatigen auf einen zweimonatigen Rhythmus gewechselt werden. Auch hierzu finden Sie im Bericht der FiKo detailliertere Informationen, nämlich in Kapitel 4.2.

Zu den Anträgen der FiKo: Wir beantragen, dass der Grosse Rat die Rechnung 2016 genehmigt. Die Eckwerte dazu sind folgende: Ein Ertragsüberschuss von 221 223 051,67 Franken, Nettoinvestitionen von 439 503 397,66 Franken, und ein neuer Bilanzfehlbetrag von 3 319 755 455,44 Franken. Wir beantragen Ihnen auch, die Überschreitungen der Voranschlagskredite zu genehmigen. Bei GEF, POM und ERZ geht es um Nachkredite in der laufenden Rechnung. Bei der kantonalen Datenaufsichtsstelle sowie zusätzlich noch bei der ERZ geht es um solche in der Investitionsrechnung. Die FiKo bedankt sich im Übrigen bei Dominique Cléménçon und Pamela Schär für die tolle Unterstützung, auf die wir immer zählen konnten. Wir danken der Finanzdirektorin und ihren Fachleuten für ihre Unterstützung und für die Bereitschaft, unsere unzähligen Fragen mit viel Geduld zu beantworten. Ebenso danke ich der FiKo für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, den Anträgen der FiKo zu folgen und die Rechnung 2016 zu genehmigen.

Präsidentin. Wir kommen zu den Fraktionen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Die Rechnung genehmigen wir selbstverständlich. Sie schliesst ja ziemlich genau gemäss dem Budget ab. Das ist grundsätzlich erfreulich. Allerdings wissen wir, dass man in der Vergangenheit einige Anstrengungen dafür unternehmen musste. Insbesondere war eine Angebots- und Strukturüberprüfung nötig. Die erwartete Entwicklung der Finanzen zeigt jedoch, dass es bis jetzt nicht wirklich gelungen ist, den Trend der Aufwandsteigerung nachhaltig zu brechen, und dies erst noch bei einer rekordhohen Steuerbelastung. Die jüngste Streichung der Berufskosten-Pauschale, die Begrenzung des Pendlerabzugs, aber auch die Erhöhung der Eigenmietwerte haben die bereits recht dramatische Steuersituation der natürlichen Personen noch verschärft. Zusätzlich werden ab 2020 die amtlichen Werte der Liegenschaften erhöht, was dann auch wieder Auswirkungen haben wird. Die angekündigte ausgabenseitige Entlastung für das Jahr 2018 und für die weiteren Jahre ist vor diesem Hintergrund unbedingt nötig, um einerseits endlich die Ausgaben zu stabilisieren, und andererseits auch, um Handlungsspielraum für dringliche Steuerentlastungen für die Bevölkerung zu ermöglichen.

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt von den Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf HRM2. Wie Sie gehört haben, verliefen diese Arbeiten nicht ganz reibungslos. Namentlich im AGG sind bedingt durch die Umstellung auf ein neues Informatiksystem per 1. 1. 2016 Probleme aufgetaucht. Allerdings scheint uns von der FiKo, dass diese Geschichte nun auf gutem Wege ist, nicht zuletzt auch dank externer Hilfe. Deshalb kann man den Geschäftsbericht nun in der Junisession traktandieren und genehmigen. Während die Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2016 eher beschränkt sind, wie Béatrice Stucki ausgeführt hat, sind wir nicht ganz sicher, was in Zukunft auf uns zukommen wird. Es besteht ein gewisses Risiko, dass man in späteren Jahren die Werte korrigieren müssen. Diese Wertkorrekturen müssten gemacht werden, indem man die Erfolgsrechnung entsprechend belastet. Das könnte wiederum mit der Schuldenbremse zu Problemen führen. Wir sind somit noch nicht ganz über den Berg. Abschliessend möchte ich der Frau Finanzdirektorin ebenfalls namens unserer Fraktion für die gute Arbeit danken.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Es wurde sehr genau budgetiert. Wie Sie gesehen haben, haben wir fast eine Punktlandung erreicht. Man kann sagen, dass unsere Finanzdirektorin die Finanzen im Griff hat. Die bisherigen Massnahmen, die hier im Rat getroffen wurden, haben sich bewährt. Soweit könnte man sagen, es sei alles im grünen Bereich. Wenn wir nun aber diese Rechnung etwas genauer anschauen, sehen wir, dass es erhebliche Abweichungen gibt. Man hat zum Beispiel beim Personalaufwand positive Abweichungen von 32 Mio. Franken, und auf Seiten der Abschreibungen wurden 38 Mio. Franken weniger gebraucht. Dagegen haben wir 100 Mio. Franken mehr Steuern eingenommen – einmal mehr. Weiter haben wir um 70 Mio. Franken höhere Vermögenseinträge als budgetiert. Andererseits haben wir aber auch negative Abweichungen, wie etwa beim Sachaufwand: Hier liegen wir um 14 Mio. Franken über dem Budget. Die Staatsbeträge im Sozialbereich und bei der Altersvorsorge liegen sogar um 127 Mio. Franken über dem Budget. Wir sehen, dass sich der Trend der letzten Jahre fortsetzt. Die Steuereinnahmen nehmen nach wie vor leicht zu, aber vor

allem im Sozialbereich steigen die Kosten überproportional. In der laufenden Rechnung sieht die Situation zwar gut aus, aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir immer noch über 7 Mrd. Franken Schulden haben. Das sind 7000 Franken pro Einwohner des Kantons. Das ist an und für sich nicht dramatisch, insbesondere angesichts der heutigen Zinssituation. Wir haben jedoch schon Zeiten erlebt, in denen wir 1 Mio. Franken Zinsen pro Tag bezahlt haben. Die Zinsen können wieder ansteigen. Es ist zudem nicht auszudenken, was geschähe, wenn es grundsätzliche Veränderungen beim nationalen Finanzausgleich gäbe und wir die 1,2 Mrd. Franken nicht mehr oder nur noch teilweise erhalten würden. Wie mein Vorredner Adrian Haas gesagt hat, ist die Steuerbelastung immer noch sehr hoch. In diesem Bereich liegen wir fast am Ende der Skala.

Ich komme zum Ausblick. Ich möchte meine Aussage am Beispiel des Sachaufwands erläutern. Wir haben eigentlich sehr wenig Handlungsspielraum. Die Reaktionszeit ist sehr kurz: Wir müssen im November über den Voranschlag und über den Aufgaben-/Finanzplan (AFP) entscheiden. Vier bis fünf Wochen später tritt er schon in Kraft, nämlich per 1. Januar 2018. Am Beispiel des Sachaufwands, den wir hier im Rat auf 800 Mio. Franken beschränkt haben, sehen wir, dass es kaum möglich ist, dass die Verwaltung in dieser kurzen Zeit noch reagieren kann. Deshalb müsste man vielleicht das System einmal überdenken. Die Finanzplanung sieht düster aus. Bis 2017 und 2018 befinden wir uns noch knapp im grünen Bereich, aber danach geht es stark abwärts. Dann werden wir wieder unter null sein. Stellen Sie sich vor, wo wir heute stünden, wenn wir die ASP-Massnahmen 2014 nicht umgesetzt und die 450 Mio. Franken nicht eingespart hätten! Wir müssen in diesem November sicher noch ein weiteres Entlastungspaket verabschieden, wenn wir weiterhin eine positive Rechnung präsentieren wollen. Wir müssen auch daran denken, dass wir auf HRM2 umstellen, was auch gewisse Änderungen zur Folge haben wird. So werden die jährlichen Abschreibungen vorübergehend höher ausfallen als bisher. Deshalb führten wir nicht zuletzt auch letzte Woche die Diskussion über das Tram. Wir müssen uns hier im Rat daran gewöhnen, dass wir nicht immer das Wünschbare tun können, sondern uns auf das Mach- und Zahlbare beschränken müssen. Wir sollten unsere Investitionen daran ausrichten, anstatt an einer Super-Lösung.

Ich komme zu den Anträgen. Die BDP-Fraktion unterstützt die Anträge der FiKo. Sie genehmigt die Jahresrechnung 2016, so wie sie hier vorliegt, und nimmt zur Kenntnis, dass es gewisse Differenzen im Bereich des AGG gibt. Aber wie wir von Fachleuten gehört haben, sind diese überschaubar und nicht wesentlich, sodass wir diese Rechnung genehmigen können. Die BDP-Fraktion beantragt Ihnen, der vorliegenden Rechnung und den Anträgen zuzustimmen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich nehme es vorweg: Die grüne Fraktion spricht sich für die Genehmigung des vorliegenden Geschäftsberichts und der damit verbundenen Jahresrechnung 2016 aus. Wir verbinden dies auch mit einem expliziten Dank an all jene Beteiligten, die im Jahr 2016 für den Kanton gearbeitet haben. Wir danken Mitarbeitenden der verschiedenen Direktionen, aber auch der zuständigen FIN für die Abschlüsse.

Ich möchte nun vier Punkte hervorheben. Zuerst zum Erfreulichen: Es wurde gesagt, dass wir eine Punktlandung erreicht hätten. Bei einem Aufwand und einem Ertrag von rund 10 Mrd. Franken muss man von einer Punktlandung sprechen, wenn man 221 Mio. Franken Überschuss verbuchen kann. Das ist sehr erfreulich, und wir sind froh darüber. Einnahmenseitig gab es höhere Steuereinnahmen. Das zeigt, dass der Kanton Bern in diesem Bereich Ressourcen generieren kann. Wie der Zehnjahresvergleich zeigt, hat der Kanton Bern mit einer einzigen Ausnahme im Jahr 2012 immer positive Abschlüsse aufgewiesen. Der Abschluss 2016 war der viertbeste Abschluss in dieser Zehnjahresperiode. Die Kantonsfinanzen sehen somit nicht so düster aus, wie es meine beiden Vorredner dargestellt haben. Zudem können die Finanzen auch im Lot bleiben, wenn nicht das geschieht, was meine beiden Vorredner angetönt haben, nämlich dass man in diesem Jahr Steuersenkungen vornehmen will. Diese würden in der Form, wie sie im Moment auf der politischen Traktandenliste stehen, grosse Löcher in die Einnahmen reissen. Genau diese Einnahmenverluste würden tatsächlich dazu führen, dass das Budget nicht mehr ausgeglichen wäre. Wir werden im November einen finanzpolitischen Kuhhandel der bürgerlichen Seite zu diskutieren haben, der Steuersenkungen für die grossen Unternehmen und einen Leistungsabbau für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons zur Folge hätte. Es könnte im November zu einer regelrechten «Metzgete» kommen.

Zum zweiten Punkt: Es ist erfreulich, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 132 Prozent positiv ist. Das zeigt, dass der Kanton Bern seine Nettoinvestitionen aus eigener Kraft finanzieren kann. Es ist ein sehr positiver Wert. Dahinter steckt jedoch trotzdem eine stagnierende Investitionstätigkeit in diesem Kanton. Dies ist aus unserer Sicht weniger erfreulich. Wir haben es gehört: Man konnte gewisse Projekte nicht wie geplant umsetzen, etwa beim Spitalzentrum Biel oder beim Inselspital.

Gravierender ist jedoch, dass wir hier im Rat mehrmals bei den Investitionen plafoniert haben und trotzdem noch das Budget unterschreiten, welches ohnehin tiefer liegt als in den Vorgängerjahren. So ist mit Ausnahme des Jahres 2008 im Zehnjahresvergleich ein Tiefststand bei den Investitionen zu verzeichnen. Es zeichnet sich somit ab, dass wir eine Bugwelle aus fälligen Investitionen vor uns herschieben. Dies geht zulasten der kommenden Generationen. Nun eine Anmerkung an die Adresse der beiden Vorredner, deren Parteien sich als Wirtschaftsparteien verstehen: Es erstaunt mich schon, wenn hier die Linken und Grünen Investitionen forcieren und propagieren, während die sogenannten Wirtschaftsparteien gegen Investitionen in unseren Kanton sprechen. Irgendwie ist die Welt hier verkehrt.

Der dritte Punkt betrifft die Hauruck-Übungen, die wir bei den Sachkosten vorgenommen haben. Die Kommissionssprecherin hat es ausgeführt: Man hat hier eine Plafonierung bei den Sachkosten beschlossen, als ob Sachkosten keine realen Ausgaben wären. Man hatte den Eindruck, man habe das Ei des Kolumbus gefunden, denn hier würde ein Plafond nicht wehtun. Aber es geht bei den Sachkosten nicht um die Frage, ob man einen Schreibtisch oder einen Computer etwas preisgünstiger kaufen kann, sondern es geht ganz konkret auch um Leistungen. Die Mehrheit dieses Parlaments hat dann die Retourkutsche erhalten, indem Nachtragskredite der Regierung nötig wurden. Die Regierung hat gesagt, es sei nicht möglich, lineare Sparvorgaben zu erfüllen, wenn man nicht vorgebe, wo man sparen solle. Das ist bürgerliche Sparkosmetik und keine Finanzpolitik mit einer Perspektive.

Zum letzten Punkt: Die neue Rechnungslegung mit HRM2 ist im Kanton Bern eine Perpetuum mobile oder eine Zangengeburt. Die Einführung war notwendig und im Grossen Rat auch unbestritten. Sie war jedoch verschiedentlich mit Verschiebungen, Informatikproblemen und grossen Herausforderungen bei den Bewertungen verbunden. Ich gehe nun nicht auf die Details ein. Für uns Grüne ist es wichtig, dass wir dieses Problem anpacken. Wir sind auch davon überzeugt, dass man die notwendigen Schritte ergriffen hat. Uns ist jedoch wichtig, dass wir genügend Ressourcen, das heisst man- und womanpower, aber auch Führungsressourcen, bereitstellen, damit solche grosse Prozesse durchgeführt werden können. Es ist wichtig, dass dies richtig und gut gemacht wird. Es geht um mehr als nur eine buchhalterische Frage. Ich komme zum Schluss: Wir erwarten, dass die Rechnung so genehmigt wird. Die Grünen unterstützen die Genehmigung.

Ursula Marti, Bern (SP). Die Rechnung 2016 zeigt, dass der Kanton Bern finanziell gut unterwegs ist. Leider wird immer auf Vorrat gejammert, und die Kantonsfinanzen werden schlechtgeredet. Effektiv weisen wir jedoch sehr solide Kennzahlen auf. Wir haben einen Überschuss von 221 Mio. Franken, einen positiven Finanzierungssaldo von 339 Mio. Franken und einen Selbstfinanzierungsgrad von gut 132 Prozent. Die Schulden haben zwar trotz des Überschusses erstaunlicherweise zugenommen. Dies ist jedoch einzig deshalb so, weil Kredite aufgenommen wurden, um Negativzinsen zu vermeiden. Soviel zur Aussagekraft dieser Zahl. Der Schuldenabbau steht für unsere Fraktion deshalb nicht im Zentrum. Im Vergleich zu anderen Kantonen haben wir keine übermässig hohen Schulden. Die Schulden pro Kopf liegen im Kanton Bern unter dem Schweizer Durchschnitt. Der Bilanzfehlbetrag wurde weiter abgebaut, wobei das Jahr 2016 das letzte Jahr ist, in dem überhaupt noch ein Bilanzfehlbetrag besteht. Wir werden ab 2017 aufgrund der neuen Rechnungslegung mit HRM2 neu über Eigenkapital verfügen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat den Wechsel zu HRM2 inklusive des Restatements nach den Regeln des Regierungsrats immer befürwortet. Wir sind froh, dass der Wechsel nach allen Verzögerungen ab diesem Jahr vollzogen wird. Wir sind jedoch auch ein wenig irritiert darüber, dass der Wechsel teilweise nach ungenügender Vorbereitung vonstattenging. Wie auch die Schwierigkeiten in der Buchhaltung des AGG zeigen, bestehen im operativen Bereich der Finanzdienste gewisse Risiken. Es ist erschreckend, dass niemand festgestellt hat, dass die Umstellung der Buchhaltung auf SAP fehlerhaft war. Wir fordern eine systematische Qualitätskontrolle, nicht nur innerhalb der Direktionen, sondern auch von Seiten der FIN. Diese hat das Know-how und trägt die Gesamtverantwortung. Somit muss sie sich viel stärker um die Rechnungslegung in den Direktionen kümmern, sie dabei unterstützen und auf Fehler hinweisen. Die Aufarbeitung der fehlerhaften Buchhaltung durch das Projekt Optima scheint auf gutem Weg zu sein. Als FiKo-Mitglied habe ich selber Kenntnis davon und habe in das Projektteam Vertrauen gefasst. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion erwartet, dass diese Aufarbeitung sauber und zeitgerecht abgeschlossen wird.

Nun zum finanzpolitischen Ausblick: Unsere Fraktion ist ganz und gar nicht einverstanden mit der Beurteilung der Regierung. Wir lehnen das geplante Entlastungsprogramm vehement ab. Es führt zu sehr schmerzhaften Abbaumassnahmen in Bereichen, die für die Entwicklung und die Lebens-

qualität in unserem Kanton sehr wichtig sind: nämlich in der Bildung, der Gesundheitsversorgung und der sozialen Sicherheit. Dieses Abbauprogramm ist nicht nötig, wenn einerseits auf Steuersenkungen verzichtet wird. Wir lehnen diese Senkungen deshalb ganz klar ab. Andererseits müssten die Steuereinnahmen höher, also realistischer budgetiert werden. Aktuell wird offensichtlich viel zu defensiv budgetiert. So will man Spardruck erzeugen.

Zudem müssen die Ausgaben im AFP differenzierter betrachtet werden. Die prognostizierten Defizite verwandeln sich, je kurzfristiger der Planungshorizont ist, jeweils in Überschüsse, weil nämlich Vorhaben zurückgestellt werden. Der AFP darf somit nicht für einen unnötigen Leistungsabbau missbraucht werden. Dass der Kanton Bern verschwenderisch sei und unnötige oder zu teure Leistungen anbiete, ist eine Mär, auch wenn dies immer wieder kolportiert wird. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben ein Einnahmen-, und kein Ausgabenproblem. Folglich müssen wir ganz sicher nicht die Steuern senken und im Gegenzug den Kanton zu Tode sparen.

Ich komme zum Schluss: Ich möchte der Verwaltung, dem Regierungsrat und der FIN für den grossen Einsatz im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht sowie für die ganze Arbeit, die während des Jahres geleistet wurde, danken. Hinter diesen Zahlen, die wir da erhalten haben, steckt die Arbeit ganz vieler Leute. Herzlichen Dank dafür. Wir stimmen dem Geschäftsbericht zu.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Der Jahresabschluss 2016 des Kantons Bern hat mit dem Überschuss von 221 Mio. Franken eine Punktlandung erreicht. Eine Punktlandung, aber nicht mehr. Die nicht budgetierten Mehrausgaben konnten nämlich nur mit den nicht budgetierten Mehreinnahmen kompensiert werden. Das heisst, dank der Steuereinnahmen, die etwas unterschätzt wurden, konnten wir diese Punktlandung schaffen. Wir sind natürlich sehr froh darum, denn sonst sähe es nicht so gut aus. Wir müssen uns bewusst sein, dass der Kanton Bern finanziell noch alles andere als auf Rosen gebettet ist. Uns fehlt die Flexibilität, die ich mir wünschte. Uns steht das Wasser immer bis zum Hals. Wir müssen ständig rudern, um nicht zu sinken. Dazu kommen die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der USR III. Wir wissen alle noch nicht, wie es in dieser Sache weitergehen wird. Für die glp ist klar, dass wir bei den Kantonsaufgaben immer zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen unterscheiden müssen. Gerade im Hinblick auf den Herbst 2017 müssen wir uns dies einmal mehr überlegen. Die glp setzt sich klar für einen schlanken Staat ein. Das möchte ich gesagt haben.

Wir haben schon mehrmals gehört, dass beim AGG grössere Probleme bestanden haben. Diese hingen mit HRM2 und SAP zusammen. Für das Projekt Optima stirbt nun die Hoffnung zuletzt. Ich hoffe, wir bringen es rechtzeitig auf den Schlitten. Auch beim Sachaufwand wollten wir letztes Mal sparen. Jakob Etter hat es richtig gesagt: Kurzfristig können wir hier relativ wenig sparen. Der Kanton müsste uns recht früh einen Vorschlag dazu unterbreiten, was man einsparen könnte, aber offenbar ist der Spielraum hier gering. Auch bei den Investitionen lagen wir unter dem Voranschlag. Ich möchte betonen, dass wir nun vor grösseren Investitionen stehen. Ich erwähne hier den Campus Biel und das Tram Ostermundigen. Eventuell braucht es sogar Beiträge an die Sanierung der Frauenklinik. Wir wissen noch nicht, wieviel in diesem Zusammenhang auf den Kanton zukommt. Es steht somit ein wachsender Investitionsbedarf vor der Türe, den wir irgendwann finanzieren müssen. Es geht darum, dass wir nicht in einen negativen Finanzierungssaldo hineingeraten und die Schulden des Kantons erhöhen wollen. Wir stehen somit in den nächsten Jahren vor grösseren Herausforderungen. Doch die glp nimmt den vorliegenden Jahresabschluss zur Kenntnis. Wir unterstützen die Anträge der FiKo sowie all die Nachkredite, die wir nun auch noch durchwinken müssen. Ich möchte zum Schluss auch noch der FIN herzlich danken. Sie hat sehr viel Arbeit und Herzblut in diese Sache gesteckt. Solche Abschlüsse erstellt man nicht von heute auf morgen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wir haben schon viel von dieser Punktlandung gehört und gelesen. Auch wir von der EVP freuen uns darüber. Mir kommt in diesem Zusammenhang noch ein anderes Bild in den Sinn: An dieser Rechnung hat man ein Jahr lang geschliffen. Sehr viele Leute waren an dieser Arbeit beteiligt. Dabei ist ein ganz präzises Maschinenteilchen herausgekommen. Wir möchten allen danken, die sich an diesem Schliff beteiligt haben. Es ist nicht nur ein präziser Abschluss gelungen. Vielmehr wurden auch die Eckwerte, die der Grosse Rat im Budget zusätzlich festgelegt hat, mehr oder weniger eingehalten. Der Regierungsrat hat von uns den Auftrag erhalten, die Prämienverbilligungen zu stabilisieren, die Sachkosten zu plafonieren und die Nettoinvestitionen zu reduzieren. Dies hat der Regierungsrat grösstenteils umgesetzt. Auch dafür möchten wir ihm ein Lob aussprechen. Daraus schliessen wir, dass der Regierungsrat die Vorgaben des Grossen Rats ernst nimmt und sorgfältig mit den Mitteln des Kantons Bern umgeht. Auf diesem Weg müssen wir,

der Grosse Rat und der Regierungsrat, gemeinsam weitergehen. Dann kommt es mit dem Kanton Bern gut heraus.

Nun möchte ich noch einen Blick in die Zukunft werfen. Ich möchte nicht über die schwarzen Wolken sprechen, weil ich in der FiKo bin. Wir FiKo-Mitglieder fühlen uns manchmal ein wenig als kleine Finanzdirektorinnen und -direktoren und meinen, wir müssten immer ein düsteres Bild der Zukunft malen, damit sicher nicht zu viel Geld ausgegeben wird. Damit meine ich auch nicht, dass wir jetzt noch lange über die Situation im AGG sprechen müssen. Die FiKo hat den Punkt aufgenommen, und aus unserer Sicht sieht es so aus, dass wir die Situation früher oder später in den Griff bekommen werden. Ich möchte nun von der Zukunft sprechen, weil ich Mitglied der EVP bin. Als Mitglied der EVP-Fraktion sehe ich, wie ein regelrechtes Gewitter am Horizont aufzieht. Wir alle wissen, dass das nächste Sparpaket bereits im Anzug ist. Dann wird es bekanntlich um das Eingemachte gehen: Um Werte, und darum, wie wir als Fraktionen die Rolle und die Aufgaben des Staats sehen. Die EVP will, dass der Staat weiterhin handlungsfähig bleibt. Das bedeutet, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben müssen. Die EVP setzt sich aber auch dafür ein, dass der Staat weiterhin solidarisch handelt. Wir werden keine Sparübungen zugunsten von Steuerprivilegien und zuungunsten der Schwachen dieser Gesellschaft unterstützen. Bereits aufgegleiste Projekte als Gegenfinanzierung für die Steuersenkungen müssen ausreichen. Dazu gehören zum Beispiel die Einsparungen bei der IT-Grundversorgung, die jetzt mit IT@BE zentralisiert wird, oder Einsparungen bei der Liegenschaftsbewirtschaftung sowie Effizienzsteigerungen in der Verwaltung, wie dies die Motion von Hans Kipfer verlangt. Für uns ist es klar, dass der Staat nicht nur für die öffentliche, sondern auch für die soziale Sicherheit verantwortlich ist. Deshalb ist es aus unserer Sicht ein No-Go, wenn zum Beispiel in der Sozialhilfe beim Grundbedarf gespart wird. Wir wollen eine enkeltaugliche Finanzpolitik. Das bedeutet, dass wir nicht heute bei den künftigen Generationen sparen wollen, zum Beispiel in der Bildungspolitik oder bei den UMA. Aber bekanntlich sind wir jetzt erst bei der Jahresrechnung 2016. Wir werden diese selbstverständlich genehmigen.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Ich möchte vorweg allen danken, die an diesen umfangreichen Berichten gearbeitet haben. Auch die Struktur ist besser als früher. So werden die einzelnen Teile jetzt aufgegliedert. Dem Loblied der Kommissionssprecherin für den Inhalt dieser Rechnung kann ich mich hingegen nicht anschliessen. Dieser ist nicht so toll. Wir haben einmal mehr ein Ausgabenwachstum, welches einzig und allein durch ein Wachstum der Steuereinnahmen finanziert wird. Weiter haben wir nicht nur bei den juristischen, sondern auch bei den natürlichen Personen einen grossen Handlungsbedarf. Wenn wir nicht stärker gegen das Ausgabenwachstum vorgehen, werden wir nie einen Schritt weiterkommen, um die natürlichen Personen zu entlasten. Wir haben dem Regierungsrat betreffend den Sachaufwand einen Auftrag erteilt. Dieser wurde jedoch nicht umgesetzt. Teilweise konnte man dies nicht tun, doch zum Teil wollte man es auch nicht. Es wird zudem bemängelt, dass die Investitionen zurückgefahren wurden. Dem halte ich entgegen, dass dies nicht am Grossen Rat liegt. Wenn nicht mehr Projekte vorhanden sind, gibt es eben nicht mehr zu tun. Es wäre sicher auch nicht der richtige Weg, die anstehenden Arbeiten teurer auszuführen. Oder wollen wir so vorgehen wie bei der Frauenklinik, die man nach 15 Jahren neu bauen muss? Auch dadurch steigen die Investitionen, aber ich wage zu bezweifeln, dass dies etwas bringt.

Ich möchte nun noch ein paar Bemerkungen zu einem Punkt machen, der im Geschäftsbericht auf Seite 47 nur eine Viertelseite in Anspruch nimmt. Es geht um das eingeschränkte Testat der Finanzkontrolle. Die FiKo geht in ihrem Bericht schon ein wenig mehr auf diesen Sachverhalt ein. Sie verweist auch darauf, dass diese Zahlen im Geschäftsbericht 2016 eigentlich die Basis für die Neubewertung nach HRM2 bilden. Dieses Thema haben wir schon verschiedentlich behandelt, das letzte Mal in einem Vorstoss, der im September 2016 beraten wurde. In der Antwort auf den Vorstoss mit dem Titel «HRM2 mit Augenmass einführen» können wir folgendes lesen: «Der Regierungsrat hat im Februar 2010 die FIN beauftragt, zusammen mit den Direktionen und der Staatskanzlei diese Lösungen umzusetzen. Zur Erarbeitung der fachlichen Festlegungen wurden Arbeitsgruppen gebildet und Fachexperten beigezogen. [...] In den letzten Jahren wurden die Detailkonzepte erstellt und die umfassenden Neubewertungsarbeiten [...] vorgenommen und die Mitarbeitenden der Finanzdienste geschult.» In der Debatte, die im September 2016 geführt wurde, hat sich die Finanzdirektorin folgendermassen geäussert: «Ich bedaure die Politisierung dieses Themas, denn sie wird den umfassenden Arbeiten, die in den vergangenen Jahren gemacht wurden, schlicht und ergreifend nicht gerecht. Zudem empfinde ich es als störend, wenn kurz vor der Vollendung der Arbeiten so viel Kritik auf uns zukommt. [...] Nun mögen es gewisse politische Kreise als störend empfinden, dass der Kanton mit dieser Neubewertung plötzlich über Eigenkapital verfügt. Nach Auffassung des

Regierungsrats darf das jedoch nicht Anlass sein, fachlich sauber hergeleitete Bewertungen aus rein politischen Gründen nach unten zu korrigieren.» In der Praxis haben diese sogenannten «fachlich sauber hergeleiteten» Werte aber etwas anders ausgesehen. Als die Finanzkontrolle das Restatement letztes Jahr erstmals prüfen wollte, musste sie diese Prüfung abbrechen, weil einfach zu viele Fragen offen waren und die Basis fehlte. Das hat jetzt auch dazu geführt, dass ein Vorbehalt mit einem eingeschränkten Testat im Geschäftsbericht steht, und dass man sogar darüber gesprochen hat, die Genehmigung dieses Berichts zu verschieben. Weiter wurde in Aussicht gestellt, dass der Geschäftsbericht 2017 gar nicht genehmigt werden könne. Nun musste ein externer Spezialist beigezogen werden. Sie haben es gehört. Dieser kostet nicht wenig, aber er hat es zumindest fertiggebracht, dass ein wenig Bewegung in diese Sache kommt und man es vielleicht schafft, aber vielleicht auch nicht. Das wirft nun die Frage auf, was man eigentlich seit 2010 gemacht hat. Es wirft ebenfalls die Frage auf, auf welcher Zahlenbasis die 5 Mrd. Franken, welche diese Aufwertung umfassen soll, beruhen, wenn wir nun hören müssen, wie das Ganze vonstattenging. Offenbar ist ja auch keine überprüfbare Basis vorhanden. Es sind viele Fragen offen, obwohl es immerhin um Milliarden geht. Die SVP wird diesen Prozess weiterhin kritisch begleiten. Wir haben es schon mehrmals gesagt: Der Kanton Bern kann kein Interesse daran haben, überhöhte Werte nach HRM2 zu restatieren, wenn er später je nach Geschäftsfeld Abschreibungen machen muss, die dann über die laufenden Rechnungen ausgeglichen werden müssen. Daran wird niemand Freude haben, das kann ich Ihnen schon jetzt sagen. Politisch müssen wir nicht mehr darüber diskutieren, die Entscheide wurden gefällt, aber wir müssen schauen, dass diese Werte nicht zu hoch sind. Wir von der SVP werden trotzdem alle Anträge der FiKo unterstützen. Es wird jedoch einzelne Nein-Stimmen und Enthaltungen geben. Die Gründe habe ich bereits erläutert.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). Zum Geschäftsbericht mit Jahresrechnung wurde schon fast alles gesagt. Ich möchte allen danken, die mitgeholfen haben, zum vierten Mal einen positiven Abschluss zu erarbeiten. Leider hat es jedoch auch weniger gute Buchungen dabei. Mit der Umstellung auf HRM2 werden diese verstärkt. Wir werten nicht erfolgsrelevant einige Milliarden auf. Das verändert unser Eigenkapital markant und wird Begehrlichkeiten wecken. Die Abschreibungen oder Veräusserungen von Liegenschaften werden aber erfolgsrelevant sein. Wir tun dies somit auf Kosten unserer Kinder. Im Bericht zum Geschäftsbericht 2016 der FiKo steht auf Seite 5, der Grosse Rat sei gestützt auf Art. 50 des Grossratsgesetzes zuständig für die Genehmigung des Geschäftsberichts. Es steht: «Insbesondere genehmigt er den Saldo der laufenden Rechnung des Kantons, den Saldo der Investitionsrechnung des Kantons, das Eigenkapital bzw. den Bilanzfehlbetrag, die Nachkredite und die Kreditüberschreitungen.» Liebe Frauen und Männer, wir von der EDU können aus diesen Gründen diesem Geschäftsbericht mit Jahresrechnung nicht alle zustimmen.

Präsidentin. Möchte die Kommissionssprecherin das Wort? – Das ist nicht der Fall. Nun hat sich noch ein Einzelsprecher angemeldet.

Patric Bhend, Steffisburg (SP). Von Kollega Blank haben wir eine ordentliche Schelte an die Adresse der FIN gehört. Ich muss nun die FIN ein wenig in Schutz nehmen. Ich war vor einiger Zeit Mitglied der FiKo und war dabei, als es darum ging, in der BVE das SAP-System einzuführen. Das wurde gegen den Rat der FIN gemacht. In der BVE hat man sich jedoch durchgesetzt. Die FIN hat sich zur Wehr gesetzt und gesagt, es könne so nicht funktionieren. Deshalb finde ich es nicht ganz fair, wenn die FIN nach der Rüge durch die Finanzkontrolle nochmals Schelte einstecken muss. Eigentlich müsste man genauer hinschauen, wie es damals zum Entscheid gekommen ist. Damit sind wir wieder einmal bei der IT. Wir stellen fest, dass diese in der Regierung sehr schlecht funktioniert. Man sollte die strategischen Entscheide in diesem Bereich viel stärker bündeln. Dies ist einer der Hauptgründe für dieses Problem. Ich möchte Sie bitten, sachlich zu bleiben und vielleicht zu schauen, wo das Problem wirklich entstanden ist, anstatt auf die FIN einzuprügeln, die damals bereits auf diese Sachlage aufmerksam gemacht hat.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich verzichte darauf, die Detailzahlen zu wiederholen. Sie kennen diese längst, die Eckwerte sind bekannt, und worum es geht, wissen Sie auch. Ich konzentriere mich deshalb auf ein paar Punkte, die dem Regierungsrat, aber auch mir wichtig sind. Vorab möchte ich festhalten, dass der Regierungsrat zufrieden und erfreut ist über das positive Rechnungsergebnis. Im Vergleich zum Budget haben wir in der laufenden Rechnung einen Ertragsüberschuss

von rund 220 Mio. Franken erzielt. Man kann festhalten, dass wir eine Punktlandung geschafft haben. Es geht hin und wieder vergessen, dass dies nicht zuletzt das Verdienst des gesamtstaatlichen Korrekturfaktors ist: Jedes Jahr berücksichtigen wir im Budget einen fiktiven Ertrag von rund 140 Mio. Franken. Mit diesem fiktiven Ertrag werden Budgetunterschreitungen ausgeglichen, die sich im Rechnungsvollzug eines so grossen Budgets ergeben. Wir haben einen Elf-Milliarden-Haushalt mit rund 60 Organisationseinheiten. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein gesamtstaatlicher Korrekturfaktor nötig ist, weil immer ein wenig mehr budgetiert wird, als man am Ende ausgibt. Kumuliert auf einen Elf-Milliarden-Haushalt kann so rasch ein grosser Betrag zusammenkommen.

Noch ein Wort zu den Positionen, die im Rechnungsabschluss gegenüber dem Budget Abweichungen aufweisen: Die Steuererträge fielen höher aus als budgetiert, und auch die Minderausgaben beim Personal sowie bei den Abschreibungen und Zinsen wirkten sich positiv auf das Rechnungsergebnis aus. Allerdings bereitet mir folgendes ernsthafte Sorgen: Bereits in der Rechnung 2015 stellten wir fest, dass wir im Sozial-, im Alters-, und im Langzeitpflegebereich sowie im Gesundheitswesen Mehrausgaben hatten. Leider hat sich dieser Trend weiter fortgesetzt. Auch im Jahr 2016 mussten wir feststellen, dass wir in diesen Bereichen mit stetig wachsenden Ausgaben konfrontiert werden. Ich gehe davon aus, dass sich diese Tendenz in den nächsten Jahren nicht ändern wird. Noch eine Bemerkung zur Kürzung des Sachaufwands: Der Grosse Rat hat in der Haushaltsdebatte im November 2015 für das Budget 2016 eine Sachaufwandkürzung von rund 54 Mio. Franken beschlossen. Der Regierungsrat hat schon damals sehr deutlich gesagt, dass es schwierig sein würde, diese umzusetzen. Jetzt ist es gelungen, diese Kürzungen nicht ganz, aber bis auf 14 Mio. Franken umzusetzen. Ich muss festhalten, dass ich rückblickend ein gewisses Verständnis für Ihren Beschluss aufbringe, den Sachaufwand zu kürzen. Diese Kürzung wurde gewissermassen aus der Not geboren, weil man die Erhöhung der Mittel bei den Prämienverbilligungen ausgleichen wollte. Es mutet allerdings etwas seltsam an, dass der Regierungsrat jetzt wegen dieses Ergebnisses und wegen seiner offenen Kommunikation, was den Umgang mit den Sachaufwandkürzungen betrifft, kritisiert wird. Gewisse Kreise sprechen sogar von einer misslungenen Kürzung oder einer Plafonierung. Liebe Grossrätinnen und Grossräte, beim Sachaufwand geht es eben nicht nur um externe Mandate oder um Büromaterial, sondern es geht primär um Mieten, um Informatik oder um Postdienstleistungen. Hinzu kommen Kosten im Zusammenhang mit der Wasser- und Energieversorgung oder Ausgaben für Heizmaterial. Übrigens gehören auch die Massnahmenkosten der KESB in diesen Bereich. Solche Aufwand-Positionen sind, wie Sie wissen, nicht leicht zu beeinflussen.

Nun zum Thema AGG. Wegen des Wechsels des Informatiksystems haben sich beim Jahresabschluss des AGG Probleme ergeben. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin hat den Regierungsrat sofort informiert, als dieses Problem bekannt wurde. Wir haben diese Situation unter Beizug externer Fachleute analysiert und Massnahmen eingeleitet. Es hat sich rasch gezeigt, dass Mängel vorliegen und Handlungsbedarf besteht. Da muss man nichts beschönigen. Aber die Situation hat sich beim genaueren Hinschauen definitiv als weniger dramatisch herausgestellt, als sie von der Finanzkontrolle ursprünglich geschildert wurde. Die Finanzkommission kam zum Schluss, dass die finanziellen Auswirkungen auf die Jahresrechnung 2016 nicht allzu schwerwiegend sind. Zudem hat die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion das Projekt «Optima» eingeleitet mit dem Ziel, die vollständige Ordnungsmässigkeit der Buchführung des AGG so rasch als möglich wiederherzustellen. Gemäss dem aktuellen Kenntnisstand sind wir auf gutem Weg.

Liebe Grossrätinnen und Grossräte, wir alle wissen es: Trotz des positiven Rechnungsabschlusses im Jahr 2016 bleiben die Perspektiven in finanzieller Hinsicht anspruchsvoll. Die negativen Zahlenwerte des Aufgaben-/Finanzplans machen deutlich, dass der bernische Finanzhaushalt mittelfristig aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass dies auch ohne Steuergesetzrevision der Fall wäre. Wir haben auch sonst ein finanzielles Problem. Dies hat der Regierungsrat erkannt und deshalb im letzten Herbst mit der Erarbeitung eines Entlastungspakets begonnen. Das Ziel dieses Entlastungspakets besteht ganz klar darin, dass wir Ihnen ein ausgeglichenes Budget 2018 und einen positiven Aufgaben-/Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2021 vorlegen können. Darüber hinaus wollen wir auch die nachhaltige Finanzierung der Steuergesetzrevision, die sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, sicherstellen. Deshalb hat sich der Regierungsrat in mehrstündigen, sehr intensiven Klausursitzungen mit möglichen Entlastungsmassnahmen auseinandergesetzt. Letzte Woche hat der neue Regierungspräsident bereits angekündigt, dass wir noch vor den Sommerferien über dieses Thema kommunizieren werden. Soviel zur Zukunft. Nun komme ich auf den Geschäftsbericht zurück. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2016 zustimmen.

Präsidentin. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2016 des Kantons Bern. Wer diesen Bericht genehmigt, stimmt ja, wer ihn nicht genehmigt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigung

Ja 139

Nein 0

Enthalten 5

Präsidentin. Sie haben den Bericht angenommen.